

# Gärtner-Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Organ des  
Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin).

Mit illustrierter Monatsbeilage „Gärtnerei-Fachblatt“.

Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint  
wöchentlich jeden  
Sonnabend.  
Jährlich  
52 Nummern.

Abonnements  
nehmen alle Post-  
anstalten entgegen.  
Preis vierteljährlich  
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:  
Berlin S. 42, Luisen-Ufer 1.

Eigentümer und Herausgeber  
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.  
Fernsprecher Amt IV, 3725.

Redaktionsschluß:  
Jeden Dienstag Morgen.

**Inhaltsübersicht:** Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Korpsgeist und Solidarität. — Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Die belgischen Gewerkschafter über die deutsche Gewerkschaftsmethode — Freie Gewerkschaften und Tarifverträge. — Theorie und Praxis! — Zustände in Würzburg. — Machts nach! — Tarifvertrag in einer Privatgärtnerei. — Protektionskinder. — Die Auswanderung von Gärtnern nach den Vereinigten Staaten von Amerika. — Korrespondenzen: Berlin; Düsseldorf. — Lohnbewegungen und Streiks. — Gewerkschaftliches, Genossenschaftliches, Soziales: Das Zentral-Arbeiter-Sekretariat im Jahre 1910; Selig sind, die geistig arm sind; Das verbrecherische Lachen; Die Zuchtwahl im Arbeitsverhältnis; Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter. — Bekanntmachungen. — Feuilleton: Harringa.

## Achter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht die provisorische Tagesordnung für den 8. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. Der Kongress beginnt Montag, den 26. Juni 1911 in Dresden im Saale des „Tivoli“.

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgesehen:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten (Wahl der Kommissionen, Prüfung der Mandate)
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission.
3. Beratung der Anträge, betreffend:
  - a) Allgemeine Agitation;
  - b) Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern;
  - c) Streikunterstützung und Streikstatistik;
  - d) Arbeiterinnen-Sekretariat;
  - e) Correspondenzblatt;
  - f) Sozialpolitische Abteilung;
  - g) Zentral-Arbeitersekretariat;
  - h) Vereinbarungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine.
4. Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.
5. Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz.
6. Arbeiterschutz und Arbeitsversicherung.
7. Arbeitsnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung.
8. Die Stellung der Privatangestellten im Wirtschaftsleben.
9. Bildungsbestrebungen und Bibliothekswesen in den Gewerkschaften.
10. Beratung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Anträge zur Tagesordnung oder solche, die auf die vorstehend genannten Tagesordnungspunkte Bezug haben, sind bis zum 15. Mai 1911 an die Generalkommission einzusenden. Sämtliche bis dahin eingegangenen Anträge werden im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht, damit sie in den Gewerkschaften diskutiert werden können.

Der Kongress wird am 26. Juli 1911, vormittags 9 Uhr, eröffnet und wird bis einschließlich 1. Juli tagen. — Die Vertretung auf den Gewerkschaftskongressen regelt sich nach den von dem vierten Gewerkschaftskongress (Stuttgart 1902) beschlossenen Bestimmungen.

## Korpsgeist und Solidarität.

Der Korpsgeist und das Standesbewußtsein der sogenannten besseren Klassen wird in diesen Kreisen stets für etwas ganz selbstverständliches gehalten und im staatsbehaltenden Blätterwalde sehr oft bis über den grünen Klee gelobt. Da kann man sich nicht genug tun im Lobe der Kameradschaftlichkeit und

## Lohnbewegungen und Streiks.

Die Berichte über den derzeitigen Stand unsrer Lohnbewegungen wolle man auf der letzten Textseite d. Ztg. nachlesen.

**Wer in der Zeit, während welcher an einem Platze eine Lohnbewegung geführt wird, von einem andern Orte nach diesem Platze übersiedelt, um dort Arbeit anzunehmen oder zu suchen, macht sich einer unsolidarischen Handlungsweise schuldig, die dem Streikbruch gleich zu bewerten ist.**

**Streikbruch ist ebenso verächtlich wie im Kriege der Landesverrat. Dem Streikbruch gleich steht Sperre- und Boykottbruch.**

Gesperrt ist die Firma Fritz Orths in Düsseldorf, Schumannstraße, wegen Nichtzahlung des Tariflohnes. Ferner ist gesperrt die Firma Joh. Horschel in Düsseldorf-Eller. Bei allen Stellenannahmen in Düsseldorf ist zuerst die dortige Geschäftsstelle zu befragen.

der Solidarität des Offizierstandes, wobei die ganz besonders fein geartete Offiziersehre stets in die ihr gebührende bengalische Beleuchtung gerückt wird. Der Hymnus von der besonderen Beamtenlehre erklingt in allen Tonarten. Den Studenten wird ihr Korpsgeist und ihr Zusammenhalten ganz besonders belobigend angekreidet. Beim Arztstand lobt man die Disziplin bei seinen diversen Lohnbewegungen, wer hierbei als „Arbeitswilliger“ fungiert, läuft Gefahr, im Wege eines hochnotpeinlichen Verfahrens diszipliniert zu werden. Das Lob der industriellen Unternehmervereinigungen zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen erklingt in hohen Tönen, und verächtlich schaut man herab auf jene „entarteten“ Unternehmer, die immer noch so

etwas wie Humanität in ihrem Busen bewahrt haben und die oft unerhörten Scharfmachereien gegen das Proletariat nicht mitmachen wollen.

So sehen wir, daß der Korpsgeist in den „besseren“ Ständen sehr fein ausgebildet ist und jeder, der sich den Anschauungen und Ehrbegriffen seines Standes nicht fügt, sehr leicht der Verfehmung und Achtung anheimfällt. Man bricht über ihn den Stab des Entarteten und Unwürdigen. Überträgt man aber dieses Solidaritätsverständnis auf die Verhältnisse in der Arbeiterklasse, dann versagt plötzlich das bei den Besitzenden so fein entwickelte Verständnis, und sie stehen dem Korpsgeist der Arbeiterschaft mit krasser Verständnislosigkeit und mit Voreingenommenheit gegenüber.

Für jeden Arbeiter, der auf Korpsgeist und Solidarität unter seinesgleichen hält, ist ohne weiteres feststehend, daß das größte gewerkschaftliche Verbrechen des Arbeiters seiner Klasse gegenüber der Streikbruch ist. Es kann kein größeres Verbrechen gegen die Solidarität der Arbeiterschaft geben, als wenn ein Mitglied derselben Klasse, die zur Erkämpfung besserer Arbeitsverhältnisse oder zur Abwehr von Verschlechterungen ihrer wirtschaftlichen Lage in schwerem Ringen mit dem Unternehmertum liegt, seinen eigenen Klassengenossen in verächtlichster Weise in den Rücken fällt und so sich zum Verräter der eigenen Klasseninteressen degradiert. Mit Recht straft die klassenbewußte Arbeiterschaft solche Elemente mit vollster Verachtung. Denn ein solches unnatürliches und schandbares Gebaren läßt andere Gefühle nicht zu.

Nun sollte man meinen, daß die besitzenden Klassen solchen Empfindungen der Arbeiter angesichts der in ihren eigenen Kreisen geltenden Anschauung volles Verständnis entgegenbringen müßten. Aber hier versagt dieses Verständnis. Es handelt sich ja in diesen Fällen um das Interesse der Kapitalistenklasse, und deshalb drückt dieselbe Klasse, die die Unsolidarität und den unkameradschaftlichen Geist in den eigenen Reihen streng verpönt, den Verräter der Arbeiterinteressen mit Inbrunst an das Unternehmerherz. Und in hohen Tönen erklingt das Lied vom braven Arbeitswilligen . . . .

Es würde Bände füllen, wollten wir alle die Aussprüche anführen, die schon von hoher „autoritativer“ Stelle sowohl als auch im kapitalistischen Blätterwalde zum Lobe der lieben Arbeitswilligen gefallen sind. Man preist sie als dem Staat (lies: den Besitzenden) ganz besonders nützliche Elemente, ja, in dem verflochtenen Berlin-Moabit-Krawallprozeß versicherte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft einem als Zeugen auftretenden Arbeitswilligen recht fragwürdigen Kalibers seine vollste Hochachtung. Er pries ihn sogar als einen Mann, „der ehrlicher Arbeit nachgehe“. Ein Anzeichen dafür, wie weltfremd dieser Anwalt der Staatsinteressen dem Solidaritätsempfinden der Arbeiter gegenübersteht. Doch ein solcher Standpunkt bildet innerhalb der besitzenden Klassen keine Ausnahme, er ist einfach typisch. Hat man doch sogar schon die Bezeichnung „Streikbrecher“ verpönt, und wenn ein Arbeiter ein Individuum, das einen Streik bricht, folgerichtig Streikbrecher nennt, dann kann er auf Grund der bestehenden Gerichtspraxis Gefahr laufen, wegen „Beleidigung“ besagten Individuums zu etlichen Wochen schwedischer Gardinen verknurrt zu werden. Denn das Wort „Streikbrecher“ hat einen recht „unangenehmen“ Gleichklang mit dem Worte „Verbrecher“, und deshalb nennt man die Mitglieder der edlen Streikbrecherzunft recht zartfühlend „Arbeitswillige“. Dieser Ausdruck erinnert an liebe Kinder, klingt gefälliger und vor allem auch staaterhaltend . . . . .

Woher rührt nun diese verschiedene Bewertung innerhalb der besitzenden Klassen über den Begriff Solidarität? Warum gilt in ihren eigenen Reihen die Solidarität als gute Tugend, während sie die Solidarität der Arbeiter als einen Frevel ansieht und unsolidarische Arbeiter als ihre guten, artigen und schutzbedürftigen Kinder betrachtet? Ganz einfach: Weil das in ihrem Geldsacksinteresse, im Interesse des Unternehmertums liegt! Deshalb das Poussieren der lieben „staaterhaltenden“ Arbeitswilligen, und deshalb diese verschiedenartige Bewertung der Solidarität.

Doch noch etwas anderes spielt dabei eine Rolle. Die besitzenden Klassen können sich nur schwer hineindenken, daß die Arbeiter so

quasi auch Menschen sind und dieselben Ehrbegriffe wie die „besseren“ Stände haben könnten. Man sieht im Arbeiter das niedrige Wesen, das als Objekt der kapitalistischen Ausbeutung gerade gut genug ist. Daß Arbeiter auch Menschen sind, die die gleichen Ehrbegriffe wie sie haben und auch in ihren Reihen auf Solidarität halten, das erscheint diesen „Bevorzugten“ einfach absurd und lächerlich. Sie schauen verächtlich auf den Arbeiter herab und unterziehen sich auch gar nicht erst der Mühe, das Seelenleben des Arbeiters zu studieren. Deshalb und weil sich ihr Leben seit jeher in einer andern Gesellschaftssphäre abwickelte, sind sie nicht in der Lage zu erkennen, daß auch die Arbeiter Menschen sind und auf ihre Weise gleichfalls Korpsgeist und Solidarität als hohe Tugend pflegen.

Wir ersehen aus dieser Bewertung der Arbeiterreihe durch die Besitzenden die große Kluft, die zwischen zwei Weltanschauungen gähnt. Man hat für die Arbeitersolidarität kein Verständnis und bewertet das, was man in den eigenen Reihen als Tugend erkennt, beim Arbeiter als böses Laster. Man duldet die Verräter der Arbeiterinteressen nicht nur, nein, man preist sie als nützliche Elemente.

Damit beweist die besitzende Klasse aber auch ihre Wertschätzung der menschlichen Tugenden im allgemeinen. Sie erkennt sie an, wenn sie in ihrem Interesse geübt werden und verdammt sie, wenn sie sich gegen ihre Interessen richten. Aus dieser Moral mit doppeltem Boden resultiert aber, daß wir Wilden im Grunde genommen doch bessere Menschen sind. Wir verachten jede Unsolidarität, wenn sie der ethischen Momente entbehrt. Das aber tut die besitzende Klasse nicht. Denn ein hohes ethisches Moment liegt im Zusammenhalt der Arbeiterklasse bei ihrem so überaus notwendigen Streben nach Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Besitzenden wollen das allerdings nicht anerkennen, weil es nicht im Interesse ihrer Klasse und ihres egoistischen Eigennutzes liegt. Jedoch wird uns diese eigenartige Anschauung von der Solidarität nur dazu anspornen, in dieser Richtung genau so wie bisher unsere Schuldigkeit zu tun und dem Gedanken der

wahren Arbeitersolidarität zu immer weiterer Ausbreitung zu verhelfen! Unsere Bewegung gewinnt dadurch nicht nur an Erfolg, sondern auch an wahrhaft menschlicher Tugend.

Der besitzenden Klasse aber wollen wir es nicht weiter verargen, wenn sie auch weiterhin die lieben Arbeitswilligen preist und sie liebebrünstig an ihr tugendhaftes Herz klemmt. Die besten Elemente sind es nicht, die sie mit ihrer Gunst beglückt. Es sind Leute mit moralischem Defekt und feile Verräter des Solidaritätsgedankens.

Gönnen wir ihr diese Bundesbrüder. Wir selbst aber rücken weit von ihnen ab. Wir haben als Mensch sowohl als auch als Arbeiter mit solchen anröchigen Elementen nicht gern etwas zu tun. Vielleicht aber liegt das an unserem anders gearteten Empfinden über Korpsgeist und Solidarität . . . . .

## Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände

fand am 27. und 28. März in Berlin statt. Sie hatte sich in der Hauptsache mit der Durchführung der zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zu befassen. Hinsichtlich der Bekämpfung der Heimarbeit werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine einen gemeinsamen Aufruf erlassen, der den Mitgliedern der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften die schweren wirtschaftlichen und hygienischen Schäden der Heimarbeit vor Augen führt und sie auffordert, Heimarbeitserzeugnisse beim Einkauf zurückzuweisen, vor allem solche aus den Branchen der Lebensmittel- und Genußmittel, Bekleidungs- und Haushaltsgegenstände. Soweit die Genossenschaften zur Eigenproduktion in modernen Betrieben und mit hygienisch und gewerkschaftlich geregelten Arbeitsverhältnissen übergegangen, sind deren Erzeugnisse in erster Linie zu berücksichtigen. — Ferner werden Generalkommission und Zentralverband der Konsumvereine gemeinsam ein Merkblatt zur Bekämpfung der Heimarbeit herausgeben, das in den Gewerkschaftsbüros und Konsumvereinsfilialen unentgeltlich abzugeben ist. — Die ständige Versorgung der Arbeiterpresse mit aufklärenden Artikeln und Notizen über die Schädlichkeit der Heimarbeit wurde der „Sozialpolitischen Abteilung“ der Generalkommission übertragen. Die weiteren Vereinbarungen betrafen den Ausschluß von Strafanzaltserzeugnissen aus dem Warenvertrieb der Konsumvereine, die Errichtung industrieller Arbeits-

## Feuilleton.

### Harringa.

Nur sehr spärlich blüht bei unsern modernen Schriftstellern der bürgerlichen Gesellschaft das Kräutlein Wahrheit. Am liebsten möchte man alles Schlechte und Elend mit dem Mantel der Liebe zudecken, und an und für sich ist es ja auch kein leichtes Stück, den Angehörigen seiner eigenen Klasse die Wahrheit zu sagen. Der ehemalige Hamburger Amtsrichter Dr. Popert macht einmal eine Ausnahme. Er hat uns ein Buch geschrieben, das selbst dort, wo wir ihm nicht zustimmen können (in seiner Begeisterung für das Heerwesen), lesenswert ist, das es verdient, daß sich jeder, aber auch jeder Mann und wohl fast noch mehr jede Frau mit ihm auseinandersetzt. Der Held des Buches ist ein Hamburger Richter aus altfriesischem Geschlecht, der durch die mannigfachen Anfechtungen und Versuchungen, die jedem jungen Mann in der Großstadt entgegen-treten, sich siegreich durchkämpft und seine Weltanschauung mit dem Verlust einer vielleicht glänzenden Karriere und dem Leben seines über alles geliebten Bruders bezahlt.

Schon das erste Kapitel ist hochbedeutend. Es zeigt uns eine Gerichtsverhandlung gegen einen unschuldig des Diebstahls Verdächtigten. Der Vorsitzende des Gerichts ist ein kranker Mann, einer von den „schneidigen“ Strafrichtern, und doch siegt endlich Harringas Jugendkraft über den alten Paragrafenknecht, und der junge Mensch wird freigesprochen.

Dann führt uns das Buch in jene Pesthöhlen Hamburgs bei der Niedernstraße, wo tausende von jungen Menschenkindern lebenslängliches Siechtum für ein paar Minuten eines eklen Rausches eintauschen, und wo tausende von Frauen, statt ihres Berufes als Mutter und Gattin zu walten, der bitteren Not gehorchend, ihren Leib verkaufen müssen. Und dann zeigt uns das Buch eine Kampfszene zwischen Hamburger Schutzleuten und jenem Gesindel, das diese Gegend neben ehrlichen Arbeitern leider bewohnt und zeigt uns, wie organisierte Arbeiter den bedrängten Schutzleuten beispringen. Und doch wird das Opfer dieses Kampfes ein ehrlicher braver Arbeiter, der im Rausch zum Totschläger wird.

Von dramatischer und vor allen Dingen von tief ethischer Wirkung sind diese Szenen. Wer könnte sie lesen ohne heiße Scham und ohne tiefen Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die solche Früchte trägt. Und aus den Tiefen des Lebens führt uns dann das Buch hinauf zu jenen, die uns beherrschen durch ihr Gold, und es zeigt uns auch da mit erschreckender Wahrhaftigkeit die Hohlheit und Verlogenheit jener Kreise. Wir sehen wie eine junge Mädchenblume einem durch und durch verseuchten, moralisch verkommenen Glücksjäger aus „alter Familie“ in die Hände fällt, und wir ballen die Faust beim Lesen, wenn wir sehen, welcher, ach nur zu gebräuchlichen Mittel sich der Schuft bedient, um das Mädchen sich zueigen zu machen.

Und dann ziehen wir hinaus mit dem Helden in die freie frische Natur. Wir durchstreifen mit ihm die herbe Heidelandschaft und lassen uns die frische Seeluft um die Ohren sausen. Wir liegen mit ihm träumend unter alten Eichen und kämpfen

seine Seelenkämpfe am Ufer der Elbe in Nebel und Regen mit ihm durch.

Dann aber sollen wir wieder einen Zusammenbruch sehen. Der geliebte Bruder Harringas, ein junger idealer Student, muß kurz vor dem Staatsexamen noch einmal eine „Kneipe“ besuchen, und nun muß es ihm passieren, daß er sich einmal vergißt, und mit unheilbarer Krankheit behaftet findet er sein Ende in den Fluten der Ostsee.

Man muß sehr verhärtet sein, wenn man diese Kapitel ohne Erschütterung liest. Das Buch führt uns durch tiefe Abgründe und zu lichten Höhen. Wir lernen schwache und auch schlechte Menschen kennen, aber wir bekommen auch Männer und Frauen zu sehen, die wir hochachten müssen selbst da, wo wir ihnen widersprechen würden. Und über dem Ganzen liegt ein frischer Hauch von Seeluft und vom herben Duft der Heide.

Das Buch soll ein Volksbuch werden! Es kostet nur 1,80 Mk. und ist vom Dürerbund herausgegeben.\*) Wer es einmal gelesen hat, wird und muß es wieder lesen, und jeder wird etwas Beherzigenswertes in ihm finden. Ich empfehle das Buch all denen, die schwer arbeiten und leiden müssen, all denen, die zaghaft ins Leben blicken vor allem aber denen, die verstanden haben, daß leben kämpfen heißt. Dem einen wird es ein Trost und Ansporn sein, dem andern aber wird es ein guter Freund und Kampfgeselle werden.

Robert Loewenthal.

\*) Helmut Harringa. Von Popert. Verlag Callwey München.

genossenschaften, die Anerkennung der Gewerkschaften, deren Tarife und der gewerkschaftsüblichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsverträgen und Vergebung von Arbeiten der Konsumvereine und die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder. Alle diese Vereinbarungen hatten bereits dem Hamburger Gewerkschaftskongreß (1908) vorgelegen, konnten aber damals ihre Erledigung nicht finden. Der diesjährige Gewerkschaftskongreß zu Dresden wird endgültig über dieselben entscheiden.

Einige Vorkommnisse im Geltungsbereich lokaler Tarifverträge mit Konsumvereinen gaben Anlaß zur Erörterung der Frage, wie die Konsumvereine gegen Tarifbruch zu schützen seien. Es wurde die Unterstellung dieser lokalen Tarife unter das zentrale Tarifamt empfohlen. Auch wurde erklärt, daß die den Konsumvereinen unter Tarifbruch abgerungenen Zugeständnisse nicht verbindlicher Natur seien.

Recht eingehend wurde über den Geldverkehr in den Gewerkschaften und die Beziehungen der letzteren zur Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Konsumvereine verhandelt. Ein namhafter Teil der Gewerkschaftsgelder ist bereits teils bei der Bankabteilung der G.-E.-G., teils bei einzelnen Konsumvereinen angelegt. Um diesen Geldverkehr im beiderseitigen Interesse förderlicher und nutzbringender zu gestalten, wurden zahlreiche dankenswerte Informationen seitens der anwesenden Genossenschaftsvertreter gegeben.

Daran knüpften sich noch Aussprachen über einige weitere die Gewerkschaften und Genossenschaften gemeinsam berührende Angelegenheiten. Den Rest der Verhandlungen der Konferenz bildeten interne Fragen der Gewerkschaftsbewegung.

## Die belgischen Gewerkschafter über die deutsche Gewerkschaftsmethode.

Die 27 Teilnehmer an der Studienreise der belgischen Gewerkschaftsfunktionäre, die Ende Februar zum Studium der deutschen Arbeiterorganisationen nach Deutschland kamen und sich mehrere Tage in Berlin, zum Teil auch in Bochum und in Leipzig aufhielten, hatten sich schon vor Ende ihrer Reise verabredet, einige Zeit nach ihrer Rückkehr wieder zusammenzukommen, um die Resultate ihres Studiums und die Nutzenanwendung des Gelernten auf die belgischen Verhältnisse namentlich in der Gewerkschaftsbewegung zu besprechen. Zu diesem Zwecke haben denn auch mehrere Sitzungen im Brüsseler Volkshaus stattgefunden, zu denen die aus allen Teilen des Landes stammenden Mitglieder der Delegation, darunter die Führer der meisten großen Gewerkschaften Belgiens, jedesmal nahezu vollzählig erschienen waren. Die letzte dieser Sitzungen fand am 4. d. Mts. statt und endete mit der einstimmigen Annahme folgender vom Genossen de Man vorgelegten Thesen:

1. Die organisatorische Macht der deutschen Gewerkschaften und ihre Leistungsfähigkeit im Kampfe erscheint uns im allgemeinen bedeutend größer als die Macht und die Leistungsfähigkeit der belgischen Gewerkschaften.

2. Wir schreiben diese Superiorität der deutschen Gewerkschaften zum großen Teile dem Umstande zu, daß sie seit etwa zwanzig Jahren zentralistisch organisiert sind.

3. Diese zentralistische Organisationsform beruht darauf, daß es für jeden Beruf und sogar, soweit dies möglich ist, für jede Industrie nur eine, über das ganze Reichsgebiet ausgedehnte Gewerkschaft (Zentralverband) gibt, die sowohl in Bezug auf den Kampf wie in Bezug auf die Verwaltung einer einheitlichen Zentraleitung unterworfen ist, und den örtlichen, regionalen und beruflichen Sektionen nur soviel Autonomie übrig läßt, als sie brauchen, um eine möglichst vollständige und spezialisierte Propaganda betreiben zu können.

4. Die Vorteile dieser Organisationsform über den örtlichen und beruflichen Partikularismus, der noch immer die vorherrschende Form der belgischen Gewerkschaftsorganisation darstellt, erscheinen uns sehr bedeutend, insbesondere in Bezug auf die Einheit in der Aktion, die Erreichung einer möglichst großen Wirkung bei der Verwendung der finanziellen Hilfsmittel der Gesamtorganisation, die Erziehung der Arbeiter im Geiste einer wahren, von örtlichen oder beruflichen Einschränkungen freien Klassen-solidarität, die Leichtigkeit des Durchdringens der Organisation in rückständigen Landesteilen, die

infolge der Vereinheitlichung der Verwaltung, der Agitation und der Presse zu verwirklichenden Ersparnisse, die Rekrutierung und die Funktions-teilung der Angestellten nach den Bedürfnissen und Interessen der Gesamtheit der Organisation, den Geist der Ordnung und der Disziplin im Schoße der Organisation usw. usw.

5. Wir legen besonderes Gewicht auf die Betonung der Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte, sowie der Leichtigkeit der finanziellen Kontrolle in den Zentralverbänden. Außerdem ermöglicht es diese Organisationsform, die bewußte und ständige Teilnahme der organisierten Arbeitermassen am Leben und an der Führung der Organisationen zu sichern, wodurch den persönlichen und örtlichen Beeinflussungen entgegengearbeitet und dem Proletariat ein mächtiges Mittel zur Selbsterziehung geboten wird.

6. Als eines der Mittel, die Teilnahme der Massen am Wirken der Organisationen, die Propaganda für den Organisationsgedanken unter den Indifferenten und den ständigen Kampf für die Arbeiterinteressen in all seinen Formen zu fördern, hat insbesondere die in den deutschen Gewerkschaften nahezu allgemeine Einrichtung eines vollständigen Vertrauensmännersystems unser Interesse erweckt. Wir empfehlen daher die Verallgemeinerung dieses Systems in den belgischen Gewerkschaften.

7. Wir empfehlen auch die in Deutschland allgemein übliche obligatorische und unentgeltliche Lieferung der von den Zentralverbänden herausgegebenen Blätter für die gewerkschaftliche Propaganda und Erziehung an alle Verbandsmitglieder.

8. Die Schwierigkeiten, die sich der allgemeinen Einführung des Systems der Zentralverbände in Belgien entgegenstellen könnten, insbesondere infolge der tiefen physischen und moralischen Degradation unsres Proletariats, seiner Unwissenheit, seiner lokalpatriotischen Vorurteile und der Notwendigkeit, sich bei der Agitation und in der Verwaltung zweier Sprachen bedienen zu müssen, werden in ihren nachteiligen Wirkungen reichlich wieder wettgemacht durch den ungeheuren Vorteil, den Belgien vom Gesichtspunkt der Zentralisation aus infolge der Kleinheit des Landes, seiner wirtschaftlichen Einheit und der darauf beruhenden Leichtigkeit des Verkehrs bietet.

9. Wir sind deshalb entschlossen, in dem Maße unsrer Kräfte dahin zu wirken, daß die von den deutschen Zentralverbänden dargestellte Organisationsform in Belgien allgemein eingeführt wird, mit besonderer Betonung der Organisation nach Industrien (soweit dies möglich und erreichbar ist), des Vertrauensmännersystems und des obligatorischen Bezugs der Gewerkschaftspresse.

10. Als eine weitere Ursache der Superiorität der deutschen Gewerkschaftsorganisation betrachten wir die absolute Funktionsteilung zwischen den verschiedenen Formen der Arbeiterorganisation, insbesondere zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats. Diese Funktionsteilung wäre unsres Erachtens in Belgien nur dann ganz durchzuführen, wenn wir eine eigentliche spezialisierte politische Organisation als Kern der belgischen Arbeiterpartei hätten, wodurch es den Gewerkschaften möglich gemacht würde, sich ganz ihren eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben zu widmen.

11. Wir halten es jedoch nicht für notwendig, um zu dieser Funktionsteilung zu kommen, daß die bestehenden Verbindungen zwischen der gewerkschaftlichen und der politischen Organisation des belgischen Proletariats gelöst werden. Der in Deutschland bestehende Zustand, wonach es weder die Möglichkeit des Anschlusses von Gewerkschaften an die Partei, noch eine ständige organisatorische Verbindung zwischen den leitenden Instanzen beider Organisationsformen gibt, scheint uns aus historischen und nationalen Verhältnissen hervorzugehen, die in Belgien nicht in Betracht kommen. Hier, wo vielmehr schon die Kleinheit des Landes und die Schärfe des politischen Klassengegengesatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat jedem größeren gewerkschaftlichen Kampfe von selber einen politischen Charakter verleihen, hemmen die zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bestehenden Verbindungen weder die Werbung der Mitglieder für die Gewerkschaften, noch die für den gewerkschaftlichen Kampf unerläßliche Autonomie. Diese administrativen Verbindungen genügen jedoch an sich nicht, um die Gewerkschaftsbewegung mit dem sozialistischen Klassenkampfgeist zu durchdringen, der ihr ihre Macht verleiht; um dieses Ziel zu erreichen, soll man, dem Beispiele unsrer deutschen Freunde folgend, den Einrichtungen mehr und mehr Aufmerksamkeit zuwenden, die der Erziehung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dienlich

sind, wie die sozialistische und gewerkschaftliche Presse, die Vorträge, die Schulen für die in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die Zeitschriften und überhaupt alle Bildungsmittel, worüber das organisierte Proletariat verfügt, seiner politischen Aktion selber nicht zu vergessen, die sein mächtigstes Erziehungsmittel darstellt, soweit sie freilich von dem proletarischen Klassenbewußtsein geleitet ist und den Grundsätzen des modernen internationalen Sozialismus entspricht.

12. Das Beispiel der großen deutschen Gewerkschaftsorganisationen zeigt uns, daß, wenn ihre Entwicklung einen gewissen Höhegrad erreicht hat, der eine große Anzahl von Angestellten notwendig macht, und es gleichzeitig schwieriger gestaltet, eine organisatorische Technik zu verwirklichen, die den organisierten Arbeitern erlaubt, die Kampftaktik ihrer Organisation selber zu bestimmen, ein gewisser Gegensatz zwischen der Geistesverfassung der Angestellten und der der Arbeitermasse entstehen kann. Es ist deshalb unseres Erachtens angebracht, diese Möglichkeit ins Auge zu fassen, bevor man der Gefahr gegenübersteht und ihr dadurch zuvorzukommen, daß man die Mitbestimmung der organisierten Arbeiter über die Führung ihrer Organisation durch einen möglichst demokratischen Ausbau der inneren Organisation und eine möglichst wirksame moralische Kontrolle über die leitenden Instanzen in möglichst unmittelbarer Weise sichert, ferner dadurch, daß man die Gewerkschaftspresse ausbaut, namentlich in Bezug auf die sozialistische Erziehung der Leser und auf die Freiheit der Diskussion, und endlich dadurch, daß man den Gewerkschaftern und insbesondere den Gewerkschaftsangestellten mit allen tauglichen Mitteln eine möglichst vollkommene gewerkschaftliche und sozialistische Schulung besorgt.

Über jede einzelne dieser zwölf Thesen wurde getrennt diskutiert und abgestimmt. Die Diskussion, die sich mehrere Stunden hinzog, war sehr lebhaft, namentlich bei den Punkten, die sich auf das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft beziehen, endete jedoch jedesmal mit der einstimmigen Annahme der vorgelegten Thesen. Zum Schluß beschloß man, den Wortlaut der angenommenen Thesen der belgischen und der deutschen Arbeiterpresse mitzuteilen, damit man sich in beiden Ländern über die moralischen Resultate der Deutschlandreise der belgischen Gewerkschaften ein Urteil bilden könne.

Um die aus Anlaß dieser Studienreise gewonnenen Informationen in möglichst weitem Kreise zu verbreiten, wurde ferner beschlossen, auf Kosten aller an der Reise beteiligten Organisationen einen ausführlichen Bericht über die Reise herauszugeben. Dieser Bericht, an dem die meisten Mitglieder der Delegation Mitarbeiter werden, soll in französischer Sprache in Buchform herausgegeben werden und 200 bis 250 Seiten umfassen; er soll unter anderem eine Übersetzung aller Formulare und der wichtigsten Auszüge aus dem „Handbuch“ des als typisch herausgegriffenen Holzarbeiterverbandes enthalten und also eigentlich eine Art Lehrbuch moderner Gewerkschaftsmethoden darstellen.

Die zweite belgische Studiendelegation wird am 21. Mai d. Js. nach Deutschland fahren und eine volle Woche in Berlin verbringen, und zwar im wesentlichen mit demselben Arbeitsprogramm, wie die erste Delegation. Die zweite Delegation dürfte wiederum 25 bis 30 Mann stark sein und diesmal zum überwiegenden Teile aus Berg- und Textilarbeitern bestehen, also aus Vertretern der beiden großen belgischen Organisationen, bei denen der Widerstand gegen die Zentralisation bisher am stärksten war.

## Freie Gewerkschaften und Tarifverträge.

Die Darlegungen des „Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften“ in seinem letzten Jahresbericht über den Abschluß von Tarifverträgen finden in der Presse lebhaften Widerhall. In dem Bericht wird ausgeführt, daß „der Tarifvertrag mit dem sozialdemokratischen Programm unvereinbar“ sei. Nur „bedingungsweise habe sich die sozialdemokratische Partei mit den Tarifverträgen abgefunden“. Diese Bedingung sei, daß „der Tarif nur als vorübergehendes Mittel zur Steigerung der Macht der Arbeiter“ angesehen wird. Ist das erreicht, dann „ist der Tarif ein überwundener Standpunkt“. Für die christlichen Gewerkschaften hingegen sei der Tarif eine notwendige Folge der heutigen Wirtschaftsordnung, die zur gewerblichen Ordnung führt!

Soweit der Ausschub, der überhaupt über Tarifabschlüsse nichts zu schreiben hätte, wären

nicht die freien Gewerkschaften da, die erst die sogenannte gewerbliche Ordnung durch ihre Zahl und Kämpfe einführen.

Daß die politische Partei der Arbeiter die Tarifbestrebungen an jene Bedingungen geknüpft haben, entspringt wohl nur der bekannten losen Phantasie des christlichen Berichterstatters. Dahingegen mag der Berichterstatter Recht haben, daß die freien Gewerkschaften in den Tarifverträgen nicht ihr Endziel sehen; sondern sie betrachten, wie auch der christliche Berichterstatter selbst, die Tarife als notwendige Folge unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Diese Wirtschaftsordnung ist aber für die freien Gewerkschaften noch nicht abgeschlossen, und darum werden sich neue und andere Folgerungen noch an sie knüpfen als die Tarifverträge sind. Zum Beispiel der Kampf um jene Gleichberechtigung der Arbeiter, der hin und wieder in lichten Stunden auch von christlichen Gewerkschaftsorganen als notwendig anerkannt worden ist. Uns dünkt dieser Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter und der Kampf um eine gerechtere Bestimmung in der Verteilung des Arbeitsertrages, als ihn die Tarifverträge von heute bringen, wichtig genug, daß wir auf dem Wege dahin auch die Tarifverträge mit in Kauf nehmen.

Die christlichen Gewerkschaften sollen doch froh sein, daß es so ist. Woher sollten sie sonst in die Lage kommen Tarifierfolge aufzuweisen? Aus eigener Kraft haben sie doch nicht Luft genug, um den Arbeitgeberorganisationen zu imponieren. Träger der Tarifbewegung sind nun einmal die freien Gewerkschaften.

Was der Berichterstatter da in seinem Bericht heult, ist christliche Ohnmacht und nichts als Ohnmacht.

## Ein genossenschaftliches Unternehmen auf dem Fahrradmarkt.

In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften auch heute noch auf den genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb von Lebens- und Genußmitteln für ihre Mitglieder beschränkt; der Vertrieb zahlreicher Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens befindet sich noch in den Händen des wirtschaftlich rückständigen und daher preisverteuernden wirkenden Kleinhandels, obgleich der Massenbedarf an einzelnen dieser Gebrauchsgegenstände in den Kreisen der Arbeiterschaft zum genossenschaftlichen Bezug und Vertrieb geradezu drängt.

So z. B. das Fahrrad, das heute mit seinen Zubehörtteilen eine ungeheure Industrie beschäftigt und samt Zubehör fast nur in Arbeiterkreisen Absatz findet, dessen Höhe sicherlich nach Millionen von Mark bewertet werden kann.

Der Gedanke, diesen Millionenumsatz in genossenschaftliche Bahnen zu lenken, mußte ja sehr nahe liegen, und tatsächlich hat auch die Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine vor einigen Jahren den Vertrieb von Fahrrädern, wenn auch ohne besonders ermutigenden Erfolg, mit übernommen. Mit besserem Erfolge als die Groß-Einkaufs-Gesellschaft hat sich eine andere Arbeiterorganisation auf diesem Gebiete betätigt. Bekanntlich hatte sich vor einigen Jahren schon in Berlin eine Anzahl Arbeiter zusammengeschlossen, um den genossenschaftlichen Bezug, eventuell auch Herstellung und Vertrieb von Fahrrädern und dazu gehörigen Artikel und Ersatzteile in die Wege zu leiten, und hierdurch die im Handel bestehenden Mißstände, die eine schwere Schädigung der Konsumenten bedingten, zu beseitigen. Das Unternehmen fand bei den radfahrenden Arbeitern lebhaften Anklang und erfreute sich bald eines regen Zuspruchs, umso mehr, als es sich das Prinzip der Konsumvereine: „Reelle und gute Ware zu billigsten Preisen“ zu eigen gemacht und außerdem aber auch in der größten der bestehenden Radfahrer-Organisationen, dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ mit seinen 130000 Mitgliedern, einen eifrigen Förderer und in finanzieller Hinsicht kräftigen Rückhalt fand. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich das Unternehmen emporgearbeitet, und der Umsatz, der 1905 erst 12000 Mark betrug, hat sich 1906 auf 36000, 1907 auf 48000, 1908 auf 183000 und 1909 auf 291000 Mark gehoben; im Jahre 1910 erreichte der Umsatz die Summe von rund 600000 Mark. Ohne Zweifel dürfte der Umsatz auf einige Millionen Mark gesteigert werden können, wenn es gelänge, alle radfahrenden

Arbeiter, deren Zahl in Deutschland auf mehrere Hunderttausend zu schätzen ist, zur Deckung ihres Bedarfs bei dem von organisierten Arbeitern ins Leben gerufenen und geleiteten Unternehmen zu veranlassen.

Bis Ende 1910 war das Unternehmen selbständige Genossenschaft, deren Überschüsse jedoch dem Arbeiter-Radfahrer-Bunde „Solidarität“ zuzuflossen; die letzte Generalversammlung des Bundes hat in Erkenntnis seines hohen Wertes für die Arbeiter-Radfahrer die Übernahme mit Aktiven und Passiven in die Verwaltung des Bundes beschlossen. Der Sitz des Geschäftes, der sich bisher in Berlin befand, wurde demgemäß an den Sitz der Bundesverwaltung, der sich in Offenbach a. M. befindet, verlegt. Die Verlegung ist im Februar 1911 vollzogen worden, nachdem dortselbst sowohl für die Bundesverwaltung, wie für das Geschäft durch die Opferwilligkeit der Bundesangehörigen auf eigenem Grund und Boden ein eigenes Gebäude errichtet worden war, dessen Umfang auf eine erhebliche Ausdehnung des Betriebes zugeschnitten ist, in dem später auch die Selbstproduktion einiger Artikel betrieben werden wird.



In seiner neuen Gestaltung und im eigenen Haus wird die Leitung des Unternehmens noch mehr als bisher bestrebt sein, auf dem beschrittenen Wege weiter vorwärts zu schreiten und der Genossenschaftsidee auf diesem Gebiete das Feld vollständig zu erobern.

Neben dem Hauptgeschäft in Offenbach a. M., das hauptsächlich Versandgeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (2), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutschlands. Das Geschäft ist also ziemlichem Umfang, weit verzweigt und bietet aller Arbeiter-Radfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe am eigenen Ort oder in nächster Nähe zu decken.

Zurzeit sind in dem Unternehmen, das noch am Anfange seiner Entwicklung steht, im ganzen ca. 50 Personen beschäftigt und zwar unter Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn wird nicht, wie es in Konsumvereinen geschieht, als Dividende verteilt, sondern fließt dem Unterstützungsfonds des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ zu.

Wie das Unternehmen heute nach kurzer Zeit seines Bestehens dasteht, zeigt es uns, was Opferwilligkeit, Einigkeit und ernstes Streben zum Besten der Allgemeinheit vollbringen können. Möge es blühen und gedeihen und im neuen Jahre in seinem neuen Heim die Unterstützung und Förderung finden, die es in Würdigung seiner Grundsätze und seiner Ziele in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft wirklich verdient.

## Theorie und Praxis!

(Aus Dortmund)

Die Vorgänge hier am Orte verdienen der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Seit langer Zeit schon sind wir unsern „Freunden“ ein Dorn im Auge. Man konnte es nicht verschmerzen, daß wir immer noch nicht verschwunden sind. Denunziationen unser Mitglieder verfehlten ihren Zweck, weil an den betreffenden Stellen soviel Einsicht bekundet wurde, daß man es ablehnte, gewissen Personen Bütteldienste zu leisten. Da wurde dann zu einem alten Ladenhüter gegriffen. Der Lokalverein „Hedera“, der nur noch dem Namen nach existierte, wurde wieder aus der Versenkung hervorgehoben. Alles, was an Gärtnern aufzutreiben war, wurde in diesen hineinterrorisiert oder mit den Worten der Kollegen „so quasi gezwungen beizutreten“. Um dieser Gewaltmaßregel mehr Nachdruck zu verschaffen, wurden die Ver-

sammlungsabende der „Hedera“ auf dieselben Tage, wenn unsere stattfinden, verlegt; „damit man eine Kontrolle ausüben könne“, wer etwa sich erdreisten möchte, unsere Versammlungen zu besuchen. Wer in der Hedera-Versammlung nicht erschien, galt ohne weiteres als zu uns gehörig.

Doch allzu scharf macht schartig. Es mußte für jederman klar sein, daß sich auf solche Weise gewonnene Mitglieder auf die Dauer doch nicht halten würden, trotz oder gerade wegen der infamen Hetze gegen unsere Organisation. Darum mußte zu einem neuen Mittel gegriffen werden, um wenigstens zu retten, was zu retten war. Das war die Gründung einer Ortsgruppe für den „Deutschen Privatgärtner-Verband“. Das Licht der Öffentlichkeit hat man wohlweislich gescheut. Die „Hedera“, die wohl gemerkt nicht nur die Kollegen der Privatgärtnererei, sondern vornehmlich die Gärtner der Stadtgärtnererei und der Friedhöfe und selbst solche aus gewerblichen Betrieben in sich vereinigt, wurde einfach zu einer Ortsgruppe des „D. P. V.“ gestempelt.

Ein Mißlingen dieses Planes war ausgeschlossen. Unliebsame Elemente waren, da man ja nur unter sich sein wollte, ausgeschlossen. Dagegen war (nebst einigen Herren aus Hagen) Garten-Inspektor Schmidt in höchstestiger Person erschienen, um seinen ganzen Einfluß zur Verwirklichung dieses Planes einzusetzen.

Den Mitgliedern war von der ganzen Sache nichts bekannt; diese sind vollständig überrumpelt worden. „Das hat der Vorstand so unter sich abgemacht“, wußten sie nur auf Befragen zu antworten. So „quasi“ wie sie gezwungen worden sind, den Machern der „Hedera“ als Staffage zu dienen, so wurden sie auch gezwungen, zum „D. P. V.“ überzutreten, und erleichtert können die Herren nun aufatmen.

Wir würden von diesem Vorgange nicht Notiz genommen haben, wenn nicht das Verhalten des Herrn Schmidt unbedingt zur Kritik herausforderte.

Der Dortmunder Garteninspektor Schmidt ist, trotz seiner proletarischen Herkunft, ein extremer Scharfmacher, ein verbissener Feind jeder freilichtlichen Regung der Arbeiter. Den Beweis dafür zu liefern fällt uns nicht schwer. Wir erinnern daran, daß er im Jahre 1907 von sämtlichen in der Stadtgärtnererei beschäftigten Mitgliedern des A. D. G. V. den Austritt aus unserer Organisation verlangte. Wer diesem Verlangen nicht nachkam, wurde kurzerhand entlassen. Wir erinnern daran, daß er in den von uns einberufenen öffentlichen Versammlungen seine Handlungsweise nicht nur zu rechtfertigen, sondern sogar zu beschönigen versuchte. Hier fiel auch das denkwürdige Wort aus dem Munde des Herrn Schmidt: „Ich bezahle meinen Leuten“ absichtlich die Löhne der Straßenkehrer!“ Diese Worte sind in die Tat umgesetzt worden.

Während in der Dortmunder Stadtgärtnererei vor Jahren wenigstens ein Anfangslohn von 3,50 Mk. bezahlt wurde, werden heute, trotz der verteuerten Lebenshaltung, sogar solche von 3,20 Mk. angeboten. Wir erinnern weiter daran, daß noch im vergangenen Sommer ein bei der Stadt beschäftigtes Mitglied des A. D. G. V. von Herrn Schmidt denunziert worden ist zu dem ausgesprochenen Zwecke, dieses zu entlassen. Wir weisen ferner darauf, daß heute noch den unter Schmidts Regime Beschäftigten die Mitgliedschaft bei einer Gewerkschaft durch die Arbeitsordnung ausdrücklich verboten ist, und dieses Verbot wird strikte durchgeführt. (Das ist schon mehr Tollheit. D. Red.)

Diese Maßnahmen werden getroffen, trotzdem der vor einiger Zeit verstorbene Oberbürgermeister Schmieding vor Jahren schon, anläßlich einer größeren Debatte in der Stadtverordnetenversammlung, vor der letzteren die Erklärung abgab, „daß er keinem Arbeiter die Zugehörigkeit zu irgend einer Organisation verwehren wolle.“

Selbst dem Personal der städtischen Straßenbahn wird das Koalitionsrecht nicht mehr vorenthalten. Die Bestimmung in den „Bedingungen für die Annahme und Ausbildung der Anwärter zum Schaffner und Wagenführer“, daß Arbeiter ohne Kündigungsfrist entlassen werden können, wenn ihnen die Zugehörigkeit zu einem „sozialdemokratischen Verein“ nachgewiesen wird, ist gestrichen. Nur Herr Schmidt will diesen Ausnahmezustand, entgegen dem Willen des Magistrats, aufrecht erhalten. Derselbe Herr Schmidt, der in besagter Versammlung „so warm für die Bestrebungen der Privatgärtner“ und damit logischer-

\*) „Ich bezahle meinen Leuten“ von einem Stadtgarteninspektor ausgesprochen deutet schon mehr auf eine Art Größenwahn. Die Redaktion.

weise für die Bestrebungen der arbeitnehmenden Gärtner überhaupt, eintrat.

Wir stimmen hier einmal seltsamerweise mit diesem Herrn überein. Auch wir vertreten seit jeher die Ansicht, daß die heute herrschenden, unzeitgemäßen Verhältnisse in unserm Berufe verschwinden müssen; daß es „anders werden muß“.

Wenn wir auch der Ansicht sind, daß sich bei einem Gehalt von ca 5000 Mk., wie Herr Schmidt es bezieht, und obendrein den Einnahmen, die ihm als mehrmaligen Hausbesitzer zufließen, schon ganz anständig leben läßt. Wir betonten seit jeher mit größter Schärfe, daß die „Lehrlingszüchtereien“, wie Herr-Schmidt sie nannte, wie ein Bleigewicht auf uns lastet und daher „bekämpft“ werden muß.

Wer in aller Welt hat denn aber, Herr Gartenbauinspektor Schmidt, bisher gegen die Zustände im Berufe Front gemacht? Sie etwa durch Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisation? Wer hat denn den Kampf um zeitgemäße Lohn-, Arbeits- und Rechtsverhältnisse geführt und das in einer Weise, die selbst dem Gegner Achtung abnötigte? Wer anders als unsere Organisation, die Sie mit allen Mitteln bekämpfen, mit Mitteln, die Menschen, die Anspruch auf das Prädikat „anständig“ erheben, verabscheuen. Man mag sich mit den Bestrebungen irgend einer Vereinigung identifizieren oder nicht; das eine aber darf man verlangen, daß von einem wahren Freund der Arbeitersache alle diejenigen Bestrebungen, die darauf abzielen und geeignet sind, Verbesserungen im Arbeitsverhältnis herbeizuführen, nicht bekämpft werden dürfen. Ihre Theorie und Praxis stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Solange Sie Ihre arbeiterfeindliche Haltung nicht ändern, Sie Ihren Untergebenen nicht das Recht einräumen, das jedem Deutschen gewährleistet ist und das Sie für sich selbst in Anspruch nehmen, sich zu organisieren, wie und wo er will, solange müssen Sie sich den Vorwurf der Phrasendrescherei schon gefallen lassen.

Wir brauchen auch nicht erst, wie Sie meinen, auf die Rittergüter Ostbeliens zu gehen, um Lehrlingszüchtereien zu finden. Warum denn in die Ferne schweifen, das „Gute“ liegt doch so nah! Es gibt auch in Dortmund solche. An erster Stelle steht die Stadtgärtnerei, derjenige Betrieb, dem Sie selbst vorstehen. Sie „züchten“ doch selbst zurzeit vier solcher Lehrlinge. Mehr finden wir auf den Gütern im Osten in der Regel auch nicht. Hier haben Sie Gelegenheit, die Lehrlingszüchtereien praktisch zu bekämpfen, indem Sie sie aus dem eignen Betriebe verbannen.

Solange Sie nicht mit der Tat beweisen, daß Sie gewillt sind, die arbeitnehmenden Gärtner in ihrem Fortkommen zu unterstützen, woran wir ja ohnehin nicht glauben, haben Sie kein Recht, an unsern Existenzbedingungen Kritik zu üben oder sie gar als verbesserungsbedürftig zu bezeichnen. Solange Sie, Herr Schmidt, sich dazu nicht bequemen können, können Sie unmöglich von uns verlangen, erst genommen zu werden, sondern Ihre Worte müssen aufgefaßt werden als eine Verhöhnung der arbeitnehmenden Gärtner und ihrer gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Wilhelm Dähn, Dortmund.

## Zustände in Würzburg.

Um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hierorts herbeizuführen, hatte unsere Organisation Forderungen an die hiesigen Unternehmer des Gärtnerberufes gerichtet. Die eingereichten Forderungen betrafen: Einführung der 11 stündigen Arbeitszeit, eine Stunde Mittags- und je eine halbe Stunde Vesperpause (früh und nachmittags), sowie einen Mindestwochenlohn von 20 Mk. bei Abschaffung des Kost- und Logiswesens.

Diese Forderungen sind zweifellos niedrig, und jeder vernünftig denkende Mensch wird sie als vollständig berechtigt bezeichnen. In den beiden hiesigen Kunst- und Handelsgärtnereien von Ernst Nagengast und D. Pfaff bestehen auch bereits diesen Forderungen angepaßte Zustände. Man sollte nun meinen, daß, wo doch die Forderungen so bescheiden waren, eine Einigung hätte zustande kommen müssen. Aber da würde man die Einsicht der hiesigen Unternehmer überschätzen. Nicht einmal einer Antwort auf die eingereichten Forderungen würdigten die „noblen“ Herren ihren Gehilfen. Mit einer Gehilfenvertretung zu unterhandeln, dünkt den Herren wohl als Einbuße ihres Gärtnerstolzes. Auch jede Verhandlung vor dem Einigungsamt schlugen die Herren aus.

Es gibt wohl keinen Beruf mehr, wo die Unternehmer so rückständig sind und die Gehilfen

so gewerfend behandelt werden. Ein solches Verhalten ist alles andre eher, nur nicht anständig. Und doch stecken auch die Würzburger Gärtnerbesitzer den von den Gehilfen erarbeiteten Profit in die Tasche.

Dieses Verhalten der Unternehmer zwingt uns nun, an die Öffentlichkeit zu treten, um den Kollegen auch ander Orte einen kleinen Einblick in die so traurige Lage der in hiesigen Handels- und Gemüsegärtnereien beschäftigten Personen zugeben.

Bei Einreichung unsrer Lohn- und Arbeitsforderungen war eine 14- bis 15-stündige Arbeitszeit mit Pausen, die kaum zum Essen ausreichten, vorhanden. Bei dieser langen Arbeitszeit, die sich teilweise sogar auf Sonn- und Feiertage erstreckt, werden Löhne bezahlt wöchentlich von 4 Mk. angefangen bis höchstens 13 Mk. Letzteres sind schon Ausnahmefälle. Daß die Verköstigung zum größten Teil sehr viel zu wünschen übrig läßt, sei für heute nur kurz erwähnt. Wir kommen wahrscheinlich in nächster Zeit ausführlicher darauf zu sprechen. Ein wichtiger Punkt sind die Wohnungsverhältnisse. Diese spotten zum größten Teil jeder Beschreibung. Wir werden vorerst keinen Namen nennen. Vier Mann wohnen und schlafen in einem Betrieb in einem Raum. Beim Heizen gleicht der Raum einer Räucherammer. 5 Mann haben einen Schrank, 4 Mann haben zwei Stühle, teilweise nur einen, 4 Mann haben eine Waschkübel, so daß der eine auf den andern warten muß, und eine Bettstatt ist mit Backsteinen unterlegt, daß sie nicht zusammenbricht. Die Würzburger Wohnungspolizei, sowie die Gewerbeinspektion dürften ein großes Interesse an diesen Zuständen haben, die durchaus nicht übertrieben sind.

An den Sonn- und Feiertagen werden zum großen Teil auch Arbeiten verrichtet, die nicht direkt notwendig sind. Auch hier ist eine Untersuchung der Tatsachen am Platze. Weiteres ein andermal.

## Machts nach!

In fast allen größeren Orten stehen wir dieses Jahr in umfangreichen Lohnkämpfen, die nicht nur an unsere Organisation und unsre Kollegen große Anforderungen stellen, sondern die auch in der Öffentlichkeit eine gewisse Rolle spielen, weil diese davon in Mitleidenschaft gezogen wird.

An einigen Orten ist nicht so; da wird der Lohnkampf in aller Stille geführt, und wenn wir diese Vorkommnisse nicht durch unsere Zeitung der Vergessenheit entreißen würden, dann würde von diesen Erfolgen wohl nie ein Mensch erfahren, außer den direkt Beteiligten. Ein solcher Ort ist z. B. Velbert, eine kleine Industriestadt bei Elberfeld, die fast abgeschlossen von aller Welt liegt.

Seit einigen Jahren faßen wir dort Fuß. Selten kommen hier mehr als 15 Kollegen für die Organisation in Frage; diese 15 waren aber immer fast ausnahmslos organisiert. Die Erfolge dieses Frühjahres sind denn auch ganz respektable. Es wurde für 10 Kollegen ein Mehr an Lohn von 23,25 Mk. pro Woche herausgeholt (also im Durchschnitt pro Mann 2,33 Mk.); für 3 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung von 11 auf 10 $\frac{1}{2}$  Stunde. Das Ergebnis für 3 weitere Kollegen steht noch aus.

Kost- und Logiswesen ist völlig beseitigt. Diese Erfolge sind zu verzeichnen auf Grund des guten Zusammenhalts dieser unsrer Kollegen. Alle Wochenlöhne betragen in Velbert jetzt 25 Mk. und darüber, die Stundenlöhne 50 Pfg.

Wäre die Organisation nicht seit Jahren tätig, dann hätten wir in Velbert noch dasselbe Bild wie in einer Reihe von andern Orten des Rheinlands, die genau so günstig liegen, aber in Punkto Organisation noch alles zu wünschen übrig lassen und darum auch noch Monatslöhne in jener Höhe aufweisen als in Velbert jetzt Wochenlöhne üblich sind.

Darum ihr Kunstgärtner von Lüdenscheid, Iserlohn, Rheydt, Gladbach, Mühlheim und wie sonst noch die Dutzende von andern Orten heißen: Folgt dem Beispiel der Velberter, organisiert euch, bekundet Ausdauer und laßt die mistigen Zustände in euren Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Orkus wandern. Denn:

„Wollen gibt Kraft zum Vollbringen!“

Link.

## Tarifvertrag in einer Privatgärtnerei.

Nachstehender Tarif-Vertrag, der in München abgeschlossen worden ist, zeigt uns deutlich, daß es nicht nur möglich ist, mit gewerblichen Betriebs-

unternehmern Tarifverträge abzuschließen, sondern daß allmählich auch Privatgärtnereien einbezogen werden können. In Betracht kommen in der Privatgärtnerei des Herrn Hofrat Dr. Rehm in Neufriedenheim bei München durchschnittlich 8 Personen (3 Gärtner und 5 Hilfsarbeiter).

Der in Frage kommende Betrieb stand bis jetzt schon in einem Tarifverhältnis, das mit der Kündigung des Tarifes in der Handelsgärtnerei ebenfalls als erledigt zu betrachten war.

Die Löhne der Gärtner und Hilfsarbeiter betragen bis jetzt 40 Pfg. pro Stunde. Die neuen Sätze bedeuten eine Aufbesserung für Gärtner pro Woche um 3 Mk., pro Jahr um 150 Mk., für Hilfsarbeiter pro Woche 1,80 Mk., pro Jahr (zu 45 Wochen gerechnet) 81 Mk. Mehrverdienst. Für Gärtner werden Wochenlöhne von 27 Mk. bezahlt.

Die Vergünstigung des Urlaubes ist ebenfalls hervorzuheben.

Lohn und Arbeitsordnung abgeschlossen zwischen Herrn Hofrat Dr. Rehm, Neufriedenheim und dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein, Ortsverein München.

Folgende Vereinbarungen sind gültig bis zum 15. März 1914.

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt in den Monaten März bis Schluß Oktober 10 Stunden, in den übrigen Monaten 9 Stunden, mit Unterbrechung von einer 1 $\frac{1}{2}$ stündigen Mittagspause und je  $\frac{1}{2}$ stündigen Vesperpause in den 8 Sommermonaten.

Im Winter fällt die Arbeitsdauer in die Zeit von 7—5 Uhr, im Sommer von 6—6 Uhr.

Am Tage vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr ist um 4 Uhr Arbeitsschluß, ohne Lohnabzug.

2. Lohn. Der Mindestlohn für Gärtner beträgt pro Stunde 45 Pfg., steigend ab 15. März 1912 auf 46 Pfg. pro Stunde.

Der Mindestlohn für Gartenarbeiter beträgt pro Stunde 43 Pfg., steigend ab 15. März 1912 auf 44 Pfg. pro Stunde.

Übersunden werden mit 50 Pfg. pro Stunde vergütet, ebenso Sonntagsarbeiten.

Für Sonntagsdienst, einerlei ob Haupt- oder Nebendienst, wird der gewöhnliche Stundenlohn zugrunde gelegt.

An Sonntagen werden nur die naturnotwendigen Arbeiten verrichtet.

Die beschäftigten Gärtner erhalten ohne Unterschied, nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe, einen Urlaub von 3 Tagen ohne Lohnabzug.

Maßregelung wegen Beteiligung an der Lohnbewegung findet nicht statt.

J. Rolke.

## Protektionskinder.

In der „Gartenwelt“ vom 15. April lesen wir folgendes Inserat:

## Suche für meinen Neffen eine Lebensstellung

in Stadt-, Friedhofs- oder Kreisverwaltung. Derselbe ist 28 Jahre alt, evangelisch, praktisch u. theoretisch ausgebildet, verfügt über gute Zeugnisse und ist in fast sämtlichen Zweigen seines Berufes erfahren.

Ich zahle bei einer festen Anstellung mit Pensionsberechtigung demjenigen, der mir behilflich ist, für meinen Neffen eine solche Stelle zu erlangen, einige Hundert Mark unter größter Verschwiegenheit.

Antritt könnte zum 1. Juli d. J. oder später erfolgen.

Gefl. Angebote unter Nr. 742 an die Geschäftsstelle der „Gartenwelt“.

Dieses Inserat richtet sich an solche Personen, die als Beamte u. dergl. jenen Einfluß besitzen, um durch ihre „Protektion“ die eine oder andre Person an einer entsprechenden Stelle „unterzuschieben“. Während sonst die Protektionskinder ihre guten Beamtenstellungen der Fürsprache-Unterstützung durch hochgestellte Verwandte und sonstigen wohlwollenden Gönnern verdanken, wird es in diesem Inserat mit direkten Bestechungsgeldern versucht, jemand in eine Stellung hineinzuschieben, für die er aller Wahrscheinlichkeit nach gar nicht geeignet ist; denn Protektionskinder sind gewöhnlich nur Unbefähigte, unter Umständen überhaupt Unfähige ihres Berufs.

Der reiche Herr Onkel sollte seinen lieben Herrn Neffen lieber umsatteln lassen und die ausgetretenen „einige Hundert Mark“ in seinem „Arnheim“ belassen.

Im übrigen wäre es natürlich von großem Interesse, zu erfahren, wie viele und ob sich überhaupt jemand finden wird, der bereit ist, sich für solch schmutziges Geschäft herzugeben.

## Die Auswanderung von Gärtnern nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die Vereinigten Staaten haben im letzten Jahrzehnt (1900—1910) ihre Bevölkerung von 77,3 auf 93,4 Millionen vermehrt, in dem Hauptlande — ohne die Territorien — stieg die Bewohnerzahl von 75 994 575 auf 91 972 266, das ist um rund 16 Millionen oder 21 Proz. Ein großer Teil dieser Zunahme ist das Ergebnis der Einwanderung, denn von den 27,9 Millionen Einwanderern, die seit 1820 eintrafen, kamen von 1901 bis 1910 allein 8 795 386. Allerdings sind nicht alle in Amerika geblieben, doch ist erst für 1908 bis 1910 bekannt, wie viele fremde Staatsangehörige das Land wieder verließen, um sich anderwärts dauernd niederzulassen; ihre Zahl betrug 1908: 395 073, 1909: 225 802 und 1910: 202 436. Hierzu muß bemerkt werden, daß in den Vereinigten Staaten die amtlichen Verwaltungsjahre mit dem 30. Juni schließen und daß die Zeit vom 1. Juli 1907 bis 30. Juni 1910 eine Krisenperiode war, in welcher z. B. der Arbeitslosenstand der Gewerkschaften im Staate New-York auf über 30 Proz. stieg. In den Jahren von 1908 ist zweifellos die Rückwanderung weniger umfangreich gewesen als von 1908 bis 1910. Die Vereinigten Staaten haben zwar ein sehr weites Gebiet, das vierzehnmal so groß ist als das Deutsche Reich (einschließlich Alaskas so groß wie ganz Europa), aber davon sind ungeheure Strecken überhaupt wüst und andre wieder nur bei künstlicher Bewässerung kulturfähig; die Südstaaten haben zudem ein für Europäer wenig günstiges Klima. Trotzdem könnte das Land noch viele Millionen Einwanderer brauchen, wenn sie als Ansiedler in die dünn bevölkerten Gebiete gingen, wie es früher der Fall war, als die Deutschen, Briten und Skandinavien die große Masse der neuen Ankömmlinge bildeten (1850 bis 1870 über neun Zehntel, 1870 bis 1880 über vier Fünftel, 1880 bis 1890 etwa drei Viertel, 1890 bis 1900 jedoch bloß mehr zwei Fünftel, seitdem etwa ein Fünftel). Nun wandern hauptsächlich Italiener, Russen, Österreicher und Ungarn ein, die sich in dem dicht bevölkerten Nordosten konzentrieren und dort in den Städten geschlossene Kolonien gründen. Ehe das geschah, waren die Gewerkschaften so ziemlich die einzigen, die Beschränkungen der Einwanderung forderten, und der Ausschluß der „Kontraktarbeitern“ war der hauptsächlichste Erfolg ihrer Agitation — eigentlich war diese Maßnahme aber ein Mißerfolg, wie er kaum schlimmer gedacht werden kann. Die neueren Einwanderungsbeschränkungen sind hingegen vorzüglich auf den Ausschluß körperlich oder geistig unfähiger Personen gerichtet und der Propaganda für weitere Einwanderungsverbote haben sich alle Kreise der Bevölkerung mit Ausnahme der gewerblichen Unternehmer angeschlossen. Das sind die Tatsachen. Die Frage der Berechtigung der Einwanderungsbeschränkungen vom Standpunkte der organisierten Arbeiterschaft soll hier nicht erörtert werden.

Die Einwanderung von Gärtnern ist, nach der amtlichen Statistik, die auf den eigenen Angaben der Einwanderer beruht, relativ umfangreich. In den fünf Verwaltungsjahren 1906 bis 1910, von welchen drei Krisenjahre waren, kamen insgesamt 6823 Gärtnern an, und zwar 1906: 1537, 1907: 1747, 1908: 1226, 1909: 929 und 1910: 1384.

Wie sich die einwandernden Gärtnern in jedem Jahre nach der Nationalität verteilten, zeigt die folgende Tabelle.

Nationalitäten	Zahl der eingewand. Gärtnern				
	1906	1907	1908	1909	1910
Deutsche . . . . .	248	278	184	137	195
Briten . . . . .	387	428	371	319	432
Irländer . . . . .	84	90	79	60	81
Holländer u. Vlāmen	112	136	105	70	161
Skandinavien . . . .	125	115	71	65	110
Italiener . . . . .	258	302	128	151	138
Polen . . . . .	67	91	57	19	63
Andere . . . . .	256	307	231	108	204
<b>Zusammen</b>	<b>1537</b>	<b>1747</b>	<b>1226</b>	<b>929</b>	<b>1384</b>

Die Wirtschaftskrise hatte 1908 und 1909 einen bedeutenden Rückgang der Einwanderung zur Folge, dem 1910, mit dem Einsetzen einer besseren Konjunktur, rasch wieder ein Anschwellen folgte.

Die Einwanderung der Gärtnern hat noch einen vorwiegend nordeuropäischen Charakter, was nur mehr bei wenigen andern Berufen zutrifft, während bei den meisten die Einwanderung von Ost- und Südeuropäern vorherrschend geworden ist.

Von allen in dem Jahrzehnt 1906 bis 1910 eingewanderten Gärtnern bildeten die Briten und Iren 34 Proz. oder ein Drittel, die Deutschen aber bloß 15 Proz.; in dieser Zeit kamen 1042 Deutsche gegen 2331 Briten und Iren. Wie viele deutsche Gärtnern aus dem Reiche stammten, ist unbekannt, da sich unter den in der Statistik ausgewiesenen Deutschen neben Reichsdeutschen auch Österreicher, Ungarn und Schweizer befinden. Die Berufsgliederung nach Herkunftsländern wird nicht veranschaulicht. (Unter allen 31 283 im Jahre 1910 aus Deutschland gekommenen Einwanderern waren 27 177 Deutsche, 2176 Polen, 705 Juden usw.)

Die Vereinigten Staaten dauernd verlassen haben 1908: 181, 1909: 158 und 1910: 229 Gärtnern, die nicht das amerikanische Bürgerrecht besaßen; darunter waren 1908: 29, 1909: 35 und 1910: 31 Deutsche. Es ist immerhin zweifelhaft, ob von den in Amerika verbliebenen alle in ihrem Berufe Beschäftigung finden konnten (obzwar der Gärtnereibetrieb sich rasch ausbreitet). Der Umstand, daß sogar 1910 229 zurückwanderten, beweist, wie arg enttäuscht sich ein erheblicher Prozentsatz der Einwanderer sieht; denn wer halbwegs sein Auskommen findet, wird zur Rückwanderung nicht leicht zu bewegen sein.

Die Einwanderer werden bei der Ankunft unter andern um ihr Reiseziel gefragt; die Angaben, die sie machen, sind nicht in allen Fällen verläßlich, da manche mit sich selbst noch im Unklaren darüber sind, wohin sie sich eigentlich wenden wollen. Von den eingewanderten Gärtnern gaben als Reiseziel an:

Staat	1906	1907	1908	1909	1910
California . . . . .	60	69	68	37	60
Illinois . . . . .	109	118	92	82	118
Massachusetts . . . .	94	122	80	68	87
Michigan . . . . .	41	57	40	41	94
Missouri . . . . .	40	27	15	24	16
New Jersey . . . . .	63	85	87	41	91
New York . . . . .	603	639	422	260	421
Ohio . . . . .	69	88	56	35	47
Pennsylvania . . . . .	156	168	84	82	109
Wisconsin . . . . .	31	28	16	26	36
Andre Staaten	271	346	266	233	305
<b>Zusammen</b>	<b>1537</b>	<b>1747</b>	<b>1226</b>	<b>929</b>	<b>1384</b>

Von den Gärtnern begaben sich verhältnismäßig die meisten nach dem Staat New York, aber von den Angehörigen vieler andern Berufe kommt überhaupt die Mehrzahl in der Absicht, sich in diesem Staat niederzulassen, wahrscheinlich ganz uninformatiert darüber, daß hier das Überangebot von Arbeitskräften größer ist wie überall sonst. — Im Jahre 1910 hatten von allen 1 041 570 Einwanderern als Reiseziel angegeben: New York 280 880, den angrenzenden Staat New Jersey 56 462, Pennsylvania 174 877, Illinois 93 340, Massachusetts 82 666 und Ohio 50 746; nach jedem andern Staat waren weniger als 50 000 Einwanderer bestimmt. Die Bemühungen der amerikanischen Behörden, die Einwanderung zweckmäßig zu verteilen, d. h. einen großen Teil des Zustromes westwärts zu lenken, schlugen vollständig fehl. Die „neuen“ Einwanderer können nicht nach dem vorwiegend ackerbaureibenden Nordwesten und Westen gehen, da die große Majorität von ihnen weder die Erfahrung noch die Mittel hat, um sich der Bodenkultur zuzuwenden, während sonstige Erwerbsmöglichkeiten dort mangeln.

## KORRESPONDENZEN

**Berlin.** Akademische Arbeiterkurse in Groß-Berlin. Beginn des Sommersemesters in der ersten Maiwoche. Unterrichtsstätten: für Charlottenburg und Moabit: Gemeindegemeinschaftliche Gipsstr. 23 a, Oberrealschule Niederwallstr. 12, 7. Realschule Mariannenstr. 47, Realgymnasium Rixdorf Kaiser-Friedrichstr. 208. Im Osten wird noch ein Lokal am Schlesischen Bahnhof eröffnet. Die Anmeldungen erfolgen für die Kurse in

Charlottenburg am 28., 29., 30. April im Schullokal Schloßstr. 2 abends von 8-9 Uhr. Für Berlin am 20., 21., 22., 25., 26. April abends von 8-10 Uhr in der Kantine des Zentralarbeitsnachweises Rückertstraße 9, außerdem für Rixdorf am Sonntag den 23. April morgens von 10-12 im Schullokal Kaiser-Friedrichstr. 208. Programme sind in den Lesehallen, Gewerkschaftskasino, Arbeitsnachweisen etc. zu haben. Auskünfte werden erteilt auf der Geschäftsstelle Dorotheenstr. 60 täglich 12¼/1½.

**Düsseldorf.** Die „Christlichen“. Metallarbeiter, Maurer, Arbeitersekretäre und andre Berufe sollten der Zahlstelle Düsseldorf des deutschen „christlich-nationalen“ Gärtnerverbandes die schmutzige Wäsche waschen helfen, die sich dieselben in Bezug auf die Düsseldorfer Tarifbewegung eingeseift hat. Kollege Link-Düsseldorf vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein stellte in seinem eingehenden Referat das Verhalten der Christlichen ins rechte Licht, und aus der nachfolgenden Diskussion ergab sich, daß die Behauptung des deutschen „christlich-nationalen“ Gärtnerverbandes über einen angeblichen Verrat des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins plumper Schwindel ist. Im Gegenteil wurde den Verfechtern von Wahrheit, Freiheit und Recht christlicher Kuleur unter die Nase gerieben, daß Verdachtsgründe in Punkto Arbeiterverrat Anlaß genug zur Wachsamkeit seitens der Arbeiterschaft geben. Ist es doch schon überhaupt eine äußerst starke Zumutung, sich mit derartigen Auchgewerkschaftlern und Zersplitterern herumzuschlagen, so erst recht ein äußerst undankbares Unterfangen, mit den M.-Gladbacher ABC-Schützen über ehrliche oder unehrliche Kampfweise herumzustritten. Die „Christlichen“ haben in der stattgehabten öffentlichen Versammlung den Beweis erbracht, daß sie nicht fähig sind, sich selbst und allein vor dem Forum der Düsseldorfer Gärtnerschaft zu verantworten. Das läßt tief blicken. Eben weil sie ein schlechtes Gewissen hatten, brachten sie jene, aus allen möglichen Berufen zusammengetrommelte Sprengkolonnen mit. Sogar Herr Reuter aus dem Paulshaus, seines Amtes christlicher Arbeitersekretär, hatte Sprecherrolle bei diesem Skandal- und Radachristen übernommen. Als es mißlungen war, mit sachlichen Mitteln die erhobenen Anklagen zu entkräften, setzte die übliche Radauinszenierung ein, um die Versammlung illusorisch zu machen. Das übliche Geschimpfe über die Sozialdemokratie und der Vorwurf, der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein sei „sozialdemokratisch“, wurde von der Versammlung mit genügendem Humor aufgenommen. Es ist ein bedenkliches Zeichen christlicher Erziehungsarbeit, daß allein bei dem Wort „Sozialdemokrat“ den M.-Gladbacher Helden es ungefähr so über den Rücken läuft, als unser einem, wenn man überzählt, daß in einem Karl May-Roman über 2000 Menschen auf alle mögliche Art abgemurkt werden. Der Verlauf und der denkwürdige Schluß der Versammlung hat jedenfalls zur Genüge gezeigt, daß der innere Wert der christlichen Sonderbewegung sich noch nicht geändert hat. Es gibt nur ein Mittel für den freigeorganierten Arbeiter und für Gewerkschaftler, deren Reinlichkeitsgefühl es nicht verträgt, daß die Arbeiterbewegung von einer Sorte infiziert zu werden droht — nämlich sich zu schütteln vor Abscheu — im übrigen aber für unsere Sache auf dem Posten zu sein und die kleinen Köter klaffen zu lassen.

## LOHNBEWEGUNGEN UND STRIKS

**II. Düsseldorf.** Nach zweiwöchentlichem Streik sind die ausständigen Kollegen der Firma Wülsthofen wieder in Arbeit getreten, soweit sie nicht schon anderweitig Stellung annahmen. Herr Wülsthofen zahlt nun den Tariflohn, bei auswärtigen Arbeiten pro Tag 5,50 Mark. Die 8 Streikbrecher werden nun wohl die längste Zeit ihre Lumpereien in dieser Firma betrieben haben.

Gesperrt sind in Düsseldorf noch die Firmen F. Orths und Horschel (Eller)

**II. Solingen.** Der Streik schlägt sehr gut ein. 17 Firmen bereits haben unsern Tarif anerkannt. Im Ausstand sind infolgedessen nur noch 12 Kollegen.

**II. Velbert.** Ohne Streik wurden hier in verhältnismäßiger Stille erhebliche Erfolge herausgeholt. Näheres vergleiche Artikel in dieser Nummer.

**III. Stuttgart.** Der Streik in der Landschaftsgärtnerei ist am 15. April erfolgreich beende.

Die Streikenden nahmen am Dienstag, den 18. April, die Arbeit wieder auf. Bis Donnerstag, den 13. April, arbeiteten bereits 105 Kollegen zu den neuen Bedingungen. Es fanden dann Verhandlungen mit einem Unternehmer statt, die dazu führten, daß die Unternehmerorganisation sich nochmals mit der Lohnbewegung befaßte. Dies führte dazu, daß mit den einzelnen Firmen eine Einigung erzielt werden konnte. Die Zugeständnisse sind: Gehilfen und Arbeiter, die noch kein Jahr auf Landschaft beschäftigt sind, erhalten 45 Pfg. pro Stunde, die länger beschäftigt sind, 48 Pfg. pro Stunde.

Leider war es den Arbeitgebern möglich, in der letzten Woche einen Teil Arbeitswillige aus den umliegenden Orten zu bekommen. Durch einen Bluff, den die Unternehmer mit den Streikenden versuchten (sie drohten mit Klage wegen Kontraktbruchs), hatte sich auch eine Anzahl Streikender einschüchtern lassen, und sie nahmen die Arbeit wieder auf, ehe die Sache endgültig erledigt war. Durch diese Umstände war es nicht möglich, die Organisation der Arbeitgeber zu einem Tarifabschluß zu bringen —

Der Erfolg des Kampfes ist nach ungefährem Überschlag eine Lohnerhöhung von 3 — 4 Mk. pro Woche für 150 Kollegen.

Ausführlicher Bericht über Führung und Verlauf des Kampfes folgt in nächster Woche.

**IV. München.** In den Handelsgärtnereien haben Lohnaufbesserungen von 2 bis 3 Mark pro Woche stattgefunden, und darf damit für dieses Mal die betr. Bewegung als erledigt angesehen werden. In Tutzing bei München, wo drei Firmen in Betracht kommen, wurde der Lohn von 24 auf 28 Mk. erhöht. In einer Privatgärtnerei in Neufriedenheim ist ein Tarifvertrag zustande gekommen; näheres siehe Artikel.

**IV Nürnberg.** Die Handelsgärtnereien haben Lohnaufbesserungen durchgeführt, so daß wir damit für dieses Jahr uns bescheiden konnten. In einem Friedhofsbetriebe erreichten wir eine Gehaltszulage um 15 — 20 Mk. im Monat und 10stündige Arbeitszeit.

**V. Löbnitzortschaften bei Dresden.** Die am 13. April stattgefundene Versammlung beschloß eine Eingabe an die Landschaftsgärtnereiunternehmer der Löbnitzortschaften mit folgenden Forderungen: Anfangslohn für Gehilfen 45 Pfg., für Arbeiter 40 Pfg. per Stunde; Überstunden 5 Pfg. Aufschlag; Arbeitszeit 10 Stunden, im Winter nach Vereinbarung kürzer; Sonnabend um 5 Uhr Arbeitschluß; die Woche schließt mit dem Freitage.

**VI. Berlin.** Die Lohnbewegung in der Handelsgärtnerei macht gute Fortschritte. Bis heute haben 64 Firmen mit 211 Gehilfen die Forderungen anerkannt. Unter den Arbeitgebern herrscht große Verwirrung. Der Schaden in den bestreikten Firmen wird täglich größer, so daß ständig neue Bewilligungen einlaufen. Zuzug von Gehilfen ist immer noch sehr gering.

## GEWERKSCHAFTLICHES GENOSSENSCHAFTLICHES SOZIALES

**Das Zentral-Arbeiter-Sekretariat im Jahre 1910.** Seit Bestehen des Sekretariats ist die Anzahl der ihm überwiesenen Klagesachen von Jahr zu Jahr gestiegen. Für das Jahr 1910 betragen sie 2416 gegen 2117 im Vorjahre. Neben diesen 2416 zur Bearbeitung und Vertretung vorliegenden Klagesachen waren neun Sachen noch aus dem Jahre 1908 verblieben und 1023 aus dem Jahre 1909, so daß insgesamt 3448 Streitsachen zur Bearbeitung vorlagen. Von diesen sind im Berichtsjahre 2245 Streitsachen erledigt worden, so daß noch 1203 der Erledigung harren. Von den 2079 Unfallsachen wurden 768 zugunsten des Verletzten und 993 zu ungunsten des Verletzten erledigt; in 348 Fällen mußte eine Vertretung abgelehnt werden. Von 134 Revisionen in Invalidenstreitsachen mußte in 38 Fällen eine Vertretung abgelehnt werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für die Revision zweifellos fehlten. Von den verbleibenden 96 Revisionen wurden 41 Revisionen des Versicherten und 11 der Landesversicherungsanstalten zurückgewiesen. Je sechs Revisionen der Versicherten und der Versicherungsträger wurde stattgegeben, zur Verhandlung an das Schiedsgericht zurückgewiesen wurden 23. In Knappschaftspensions-sachen lagen 25 Klagesachen vor, von denen 24 beim Oberschiedsgericht zuständig waren. In neun Fällen wurde die Revision der Versicherten zurückgewiesen, in vier Fällen wurde sie an das Schieds-gericht zurückverwiesen.

Außer diesen Rentenstreitsachen ist das Sekretariat noch in weiteren 688 Sachen zur schriftlichen Auskunfterteilung angegangen worden, und machten sich in diesen Fällen 1103 einzelne Auskünfte erforderlich. Schriftsätze und Briefe wurden 8676 vom Sekretariat angefertigt.

Vom Arbeitersekretariat aus werden für die im Jahre 1911 stattfindenden Wahlen der Beisitzer zum Reichsversicherungsamt bereits die vorbereitenden Schritte unternommen.

Zum Schluß des Berichtes wird darauf verwiesen, daß die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine immer strengere und schärfere wird, namentlich wird das Moment der Gewöhnung immer mehr bei der Beurteilung der Renten zur Anwendung gebracht. So wird auch nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes jetzt schon bei Verlust des ganzen Zeigefingers nach 13 Wochen eine Gewöhnung angenommen und die Rente entzogen. Auch in den Fragen der Anerkennung eines Betriebsunfalles und des Zusammenhanges eines Leidens mit dem Unfall enttäuscht die Rechtsprechung immer mehr.

**Selig sind, die geistig arm sind . . .** Das Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine verleiht seinen Lesern in einem Artikel über die „Kindliche Gelehrigkeit gegen den Heiligen Vater“ folgendermaßen den Kopf:

„Damit wir mit der katholischen Kirche in allen Stücken vollkommen in Einklang stehen, müssen wir, falls die Kirche etwas für schwarz erklärt, es als solches bezeichnen, auch wenn es unseren Augen weiß zu sein scheint.“

Denn:  
„Wir gewöhnlichen Menschenkinder gleichen dem Wanderer, der im Nebel dahinzieht; er sieht kaum drei Schritte weit und kann die Gegenstände in seiner Nähe nicht deutlich unterscheiden. Der hl. Vater gleicht einem Menschen, der hoch über allem Nebel auf der Spitze eines Berges steht, wo die Sonne am wolkenlosen Himmel strahlt; er überschaut alle Not der Zeit im Lichte der göttlichen Wahrheit!“

Die katholischen Arbeiter müßten nicht nur bloß drei Schritt, sondern kaum über ihre Nase hinaussehen können, wenn sie sich noch lange von den Schwarzen so etwas weiß machen ließen. Ein guter Teil von ihnen ist schon jetzt so „helle“, wie es ausschließlich um den hl. Vater aussehen soll. Und wird es auch noch so helle werden, daß es die reaktionäre Politik des Zentrums als die ärgste Not der Zeit erkennt.

**Das verbrecherische Lachen.** Aus Richterkreisen wird der „W. a. M.“ geschrieben:

„Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an. Die Praxis des Paragrafen über den groben Unfug hat das Kammergericht wieder um eine neue feine Blüte bereichert. Bei einer Ansammlung auf der Straße hatte jemand gelacht, weil es einem Polizisten nicht gelang, einen festzunehmen. Ein Lacher erhielt darauf eine Polizeistrafe. Das Kammergericht erklärte diese für rechtmäßig, weil ein Lachen, besonders wenn es sich fortpflanzt, die öffentliche Ordnung gefährden könne!“

Uns scheint, das Reichsgericht habe hier sehr logisch gefolgert. Es ist wahr: An Lächerlichkeit ist schon sehr vieles zugrunde gegangen. Nichts tötet so sicher wie die Lächerlichkeit. Dann sollen aber Menschen sich und die ihnen anvertrauten Ämter etc. eben nicht lächerlich machen!

**Die Zuchtwahl im Arbeitsverhältnis.** Es ist nichts neues, daß patriarchalisch veranlagte Arbeitgeber gelegentlich in ihrer Fürsorge für das Wohl ihrer Angestellten soweit gehen, sich in die intimsten Privatverhältnisse derselben einzumischen und ihnen zum Beispiel zumuten, nicht eher zu heiraten, als bis es der Herr Chef für an der Zeit hält. Zumeist hat freilich die Sorge um das Wohl der Angestellten mit dieser Anmaßung weniger zu schaffen als die Sorge um den eigenen Geldbeutel: der verheiratete Angestellte könnte ja schließlich auf höheres Gehalt dringen müssen als der unverheiratete! Ein ganz neues Moment tritt aber in dieses „patriarchalische Verhältnis“ bei einer oberschlesischen Aktiengesellschaft. Die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ berichtet darüber:

„Wer heiraten will, muß bei der Kattowitz A.-G. (Hubertushütte Kattowitz Aktien-gesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb in Kattowitz) Erlaubnis einholen, die ihm verweigert werden kann, wenn sein Gehalt noch nicht 200 Mk. beträgt, wenn er eine Polin heiraten will und wenn die Ehefrau nicht als Beamtin anerkannt wird, und es sollen

schon Fälle vorgekommen sein, wo Beamte wegen Heirat entlassen wurden.“

Da sehen wir also neben dem Gehaltsvorbehalt noch die Absicht, die Angestellten vor der Vermischung mit Polen zu bewahren und sie zur reinen Beamtenzüchtung anzuhalten. Der Zweck ist klar: aus der unter so sklavischen Verhältnissen bewirkten beamtlichen Inzucht muß schließlich ein Geschlecht erzeugt werden, das mit gekrümmtem Rücken, winzigem Magen und verkümmertem Denkfähigkeit schon auf die Welt kommt. So etwas gedeiht aber nur bei rassereiner deutscher Einfügigkeit; bei fremdem, sogar nur polnischem Einschlag, kommt schließlich doch noch so ein verruchter rebellischer Tropfen ins deutsche Lämmerblut. Und der Kluge beugt vor.

**Akademische Unterrichtskurse für Arbeiter.** Häufig werden Arbeiter, die durch Fleiß und Geschicklichkeit wohl in eine bessere Stellung gelangen könnten, durch eine Unkenntnis in den elementarsten Fächern des Volksschulunterrichts am Fortkommen gehindert. Besonders pflegen die Gemeindeschulen in der Provinz wegen der hohen Schülerzahl in den einzelnen Klassen ihren Schülern nur ganz oberflächliche und wenig haftende Kenntnisse zu übermitteln. Ungeordnete Familienverhältnisse, der Zwang zum frühesten Beginn der Erwerbstätigkeit sind erfahrungsmäßig in vielen Fällen der Grund, daß strebsame Arbeiter mit einem Mangel in den Schulkenntnissen zu kämpfen haben. Auch erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen die Möglichkeit zu bieten, Versäumtes nachzuholen, ist die Aufgabe der „Akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse“. Diese wurden vor zehn Jahren an der technischen Hochschule zu Charlottenburg gegründet. Seitdem sind etwa 25 deutsche Universitäten und Hochschulen diesem Beispiel gefolgt. Vereinigt sind sie in einer Zentralstelle, die ihren Sitz jetzt in Leipzig hat. Der Unterricht wird von Studenten erteilt, deren Arbeit unentgeltlich ist. Die Arbeiter haben für jeden Kurs im Semester eine einmalige Einschreibegeldgebühr von fünfzig Pfennigen zu entrichten, die zur Bestreitung der Verwaltungskosten verwendet werden. Der Unterricht hält sich frei von jeder politischen und konfessionellen Tendenz.

Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Fächer: Rechtschreibung, Stillehre, Literatur und Aufsatz, Schönschreiben, Rechnen, Algebra, Geographie und Stenographie. Hinzu kommen bisweilen auch einige technische Fächer.

Die einzelnen Fächer gliedern sich in verschiedene Stufen. Der Eintritt in die untersten Stufen setzt keine Kenntnis voraus. Nach jedem Semester kann man in eine höhere Stufe eintreten.

Die Unterrichtszeit liegt in den Abendstunden von 8—10.

Die Verwaltung ist in den Händen des Vorstandes, der aus der Mitte der Studenten gewählt wird, und eines Arbeiterausschusses.

Für den geselligen Zusammenschluß dienen zahlreiche Kunstabende, Sommer- und Winterfeste, Ausflüge und Museumsführungen, bei denen die Teilnahme meistens sehr rege ist.

## Bekanntmachungen.

Die Hauptverwaltung des A. D. G. V. befindet sich:  
Berlin S. 42 Luisen-Ufer 1. Fernsprecher: Amt IV, 3725.  
Vorsitzender Josef Busch.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Straße und Hausnummer.)

(In jeder Mitgliederversammlung zu verlesen.)

— **Sonntag, den 23. April, ist der Beitrag für die 17. Woche 1911 fällig.**

— **Alle Geldsendungen an die Hauptverwaltung** sind jetzt durch Postscheck zu erledigen. Den Verwaltungen sind Zahlkarten zugegangen, und sind nur diese bei Einzahlungen zu benutzen. Wo keine Zahlkarten sind, da sind solche am Postschalter zu verlangen. Das Konto der Hauptverwaltung lautet: **Josef Busch, Nr. 10301, Berlin S. 42.** Die Adresse: „Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein“ gilt beim Postscheckverkehr nicht. Einzahlungen per Postscheck sind für den Einzahler vollständig kostenfrei.

— **Warnung vor Th. Federowitsch**, der sein Unwesen hauptsächlich in Norddeutschland treibt. Vor diesem wurde schon im Januar 1910 gewarnt. Federowitsch ist kein Mitglied, wird auch nicht wieder aufgenommen. Er versucht mit einer alten Kontrollkarte seine Mitgliedschaft zu beweisen.

— **Zeitung Nr. 15** ist vollständig vergriffen. Alle in örtlichen Verwaltungen überflüssige Exemplare sofort zurücksenden.

## \* \* Anzeigen-Teil. \* \*

Die viermal gespaltene Petitzelle oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme:  
Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.



### Fehlen Ihnen einige Gartenwerkzeuge?

Bitte übertragen Sie deren Lieferung den  
**Dresdener Werkstätten S. Kunde & Sohn**  
Dresden-A. 38, Kipsdorfer Straße :: :: Katalog kostenlos.

### Gärtner-Lehranstalt

Institut der Landwirtschaftskammer.  
Gegr. 1897.

Die Anstalt bietet **Gehilfen** Gelegenheit zur gründlichen **theoretischen Ausbildung** auf allen Gebieten der Gärtnerei. Reichhaltiges Demonstrationsmaterial im Anstaltsgarten und Exkursionen nach den bequem und mit geringen Kosten zu erreichenden Königl. Gärten und den bedeutenden Handelsgärtnereien von Berlin und seiner Umgebung. Kursusdauer 1 Jahr.

**7 etatsmäßig angestellte Lehrkräfte.**  
**Billige Pension in der Anstalt.** Wenig Bemittelten eventl. Ermäßigung. Ausführlicher Bericht und nähere Auskunft kostenfrei durch **Die Direktion.** (1767/16)

### Oranienburg

bei Berlin  
Beginn des Sommersemesters  
Mitte April 1911.  
(Späterer Eintritt nach Vereinbarung.)

### Umsichtiger Mann,

nicht unter 23 Jahren, womöglich mit etwas gärtnerischen Kenntnissen, für die Ordnung und Instandhaltung einer städtischen Parkanlage gesucht. Anfangsgehalt 1100 Mk. (1802)  
Esslingen, den 12. April 1911. Städt. Tiefbauamt.

**Friedrich Fischer, Berlin SO. 16, Bethanien-Ufer 8.**  
Bureau u. Lager in Schreibmaschinen, Vervielfältigungsapparaten nebst deren Zubehör, Kontor- u. Schreib-Utensilien, Schnellheftern, Zeitungsmappen (Selbstbinder), Kuverts mit u. ohne Druck in allen Größen, Kopier-Einrichtungen, Heftmaschinen, Briefwagen, Geschäftsbüchern, Burea möbeln etc. Lieferant der Hauptgeschäftsstelle d. A. D. G.-V. v. fast sämtl. Gewerkschaften, Krankenkassen usw. (912)

### Ein Versuch mit unsern wirklichen **Qualitäts-Zigarren**

wird Sie stets **hoch befriedigen**, bei 400 Stück franko  
als besonders preiswert empfehlen wir die Marken: **unter Nachnahme :: ::**  
**la Plata** 1/0 5,80 :: **Bremer Keule** 1/0 5,50 (1798/16)

**Streithorst & Co., Bremen.**

## Gehilfen

die gesicherte Lebensstellung und zeitgemässe, alle Zweige der Gärtnerei betreffende, gründliche (1727) **wissenschaftliche Fach-Ausbildung** erstreben, finden zum nächsten Kursus **Aufnahme** unter günstigen Bedingungen an der Thüringischen **Gärtner-Lehranstalt Köstritz** der stärkt besuchen höheren Fachschule für Gärtner.

1. Kursus für Gärtner.
2. Kursus für Berechtigung z. 1jähr. freiwilligen Dienst.
3. Kursus für Gartenarchitekten und Landschaftsgärtner.
4. Kursus für Obstbautechniker.

Prospekt u. Auskunft kostenfrei durch **Direktor Dr. H. Settegast.**

### Garten-Anlagen

von meinem Schloßhof, 8—10 Morgen, sind zu verpachten u. sof. anzutreten.  
1799/16) **Frz. Gervers, Neud a. Rhein.**

### Rob. Brien, Pumpen-Fabrik

Berlin O. 27, Krausstr. 31 e.  
Billigste Bezugsquelle in Pumpen, Röhren, Zubehörteilen. (m 1598/52/7)  
Illustr. Preisliste gratis u. fr.

### Steckzwiebeln

Zittauer gelbe runde kleine, 10 Pfund (ca. 5500 Stück) 3,50 Mk. franko.

### Zwiebelsamen

(1499/17) garantiert 85 % keimfähig, Pfd. 2,50 Mk.  
**M. Andermann in Brody via Breslau.**

### Düsseldorfer! Löckers Speise-Restaurant!

Mittag 50—60 Pfg., Abendtisch 40 Pfg. u. höher. Schnittchen, Kaffee, Bouillon zu jed. Tageszeit. Logis das. Für Koll. 12 M. pr. Woche. Eigene Hauskapelle.  
**A. Löcker, Franklinstr. 42. (1803/18)**

### Kunst- und Handelsgärtnerei

20 Jahre bestehend, mittlere, in Kreisstadt Niederschlesiens, nur wegen Krankheit verkäuflich. Sich. Existenz. Geff. Off. unt. H. M. 28 a. Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 8. (h. 1668/18)

## Gesucht

jug. Gärtner für den Sommer. Eintritt sofort. Fs. 70 pro Monat und Gratifikation Ende Saison. (1804)  
**Sanatorium Davos-Platz, Davos-Graubünden.**

Unserm alten treuen Mitglied und langjährigen Vorsitzenden unsrer Verwaltungsstelle, dem Kollegen **Adolf Scholthauer** nebst Frau zu ihrem **25 jährigen Ehejubiläum** die herzlichsten Glückwünsche Ortsverwaltung Leipzig d. Allg. D. Gärtner.



50 □ m bestverzinktes **Drahtgeflecht** von 6,30 Mk. an, Preisliste Nr. 32 gratis und franko.  
**A. Christ**  
Drahtgeflechtfabrik Memmingen (Bayern). (1765/21 f.)

Frau, 38 Jahre (ehem. Binderin) sucht selbständige **Wirtschaftsstelle** auch nach außerhalb (ev. Badeort). Off. an Frau Klentke, Rixdorf, Siegfriedstr. 21 bei Lindener. (1805)

**Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen.**  
**Die Expedition.**

### Verkehrslokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorauszubezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmäßig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

**Barmen,** Gasthaus: Albert Vogel, Rödigerstr. 16. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 2. Samstag im Monat. Herberge: Gewerkschaftshaus Parlament Str. Büro und Stellennachweis: Gewerbeschulstr. 107 I, Eingang Heiderstr. 34.  
**Blankensee,** Rest. Bernh. David, Dockenhuden, Bahnhofstr. Vslg. Sonnabend nach d. 1. u. 15.  
**Braunschweig,** Restaurant „Magnitor-Schänke“ am Magnitor 8. Vers. Freitags. Ausk. ebenda.  
**Breslau,** Restaurant „Zum Bär auf der Orgel“, Kupferschmiedestr. 39. (1752)  
**Cannstatt-Stuttgart,** Gasthaus zur Fischerei Marktstr. Herberge, Verkehrs- u. Versammlungsl.  
**Chemnitz,** J. Matterns unt. Hainstr. 7, Versamm. Samstag vor d. 1. u. 15. im Monat. Arbeitsnachw. u. Unterst.: Otto Dechert, Reichenhainer Str. 6, II. Cölln a. Rh., Rest. Laurenz Körler, Weyerstr. 112. Vslg. Samstag nach d. 1. u. 15. — Büro und Stellennachweis: Gr. Telegrafensstraße 20, I. 7—9 Uhr.

**Dresden-A.,** Ritzbergstr. 2 und Marxstr. 13, „Dresdener Volkshaus“, Verkehrs- u. Herberge. **Düsseldorf,** Wallstr. 10, II, Büro und Herberge. Telefon: 7527.  
**Elberfeld,** Volkshaus, Hombücherstr. Versammlung der Ortsverwaltung jeden 4. Samstag im Monat. Ebenda Herberge. Büro und Stellennachweis: Barmen, Gewerbeschulstr. 107 I.  
**Frankfurt a. M.,** Gewerkschaftshaus, am Schwimmbad u. Stoltzestr. 13—15. Vslg.-Lokal d. Ortsv. u. Bez. Frankfurt. Herberge ebenda.  
**Frankfurt a. M.-Hausen,** Restaurant von G. Hardt. Verkehrslokal der Gärtner.  
**Grünwald,** Pein, Hubertusbaderstr. 8, Verkehrs- u. Vslg. Sonnabend n. d. 1. u. 15. Gut Mittagstisch.  
**Hamburg,** Rest. Kling, Drehbahn 48, Arbeitsnachweis von 10—12 Uhr.  
**Hamburg-Hoheluft,** M. Lewerenz, Wrangelstr. 64, Verkehrslokal der Gärtner Hoheluft, Versammlung 2. u. 4. Dienstag im Monat.

**Hannover,** Haller's Gasthaus, Bockstr. 11. Koll. sind jeden Tag zu treffen.  
**Leipzig,** Volkshaus, Zeitzer Straße.  
**Lübeck,** Verkehrslok.: „Restaur. Olaf“, 7, Quersstr. **Luzern,** Rest. und Gasthaus „Zur Schmiede“, Pilatusplatz. Versamm. alle 14 Tage, Samstag. Auskunft b. P. Drustschel, Neustadtstr. 21, II. **Magdeburg,** Knochenhauerufer-Straße 27—28, Eingang Puckhof-Straße, I Treppe. Vereinslokal, Zentralherberge: Kleine Klosterstr.  
**München,** Rest. Högerbräu, Thal 75. Zentralverkehrs der Gärtner und Herberge. Versammlung jeden 4. Samstag im Monat.  
**Nieder-Schönhausen,** Restaur. Schwaradtke, Kaiser Wilhelmstraße 5, Vereinslokal.  
**Nürnberg,** Rest. Albigsgarten, Johannisstr. 28. Vslg. alle 14 Tage Samstag.  
**Pankow bei Berlin,** Pankower Gesellschaftshaus, Paul Rozycki, Kreuzstr. 3—4. Vslg. Dienstag n. d. 1. jeden Monats.

**Steglitz,** Rest. Fritz Heizmann, Ecke Dünther- und Florastr. Verslg. jeden Donnerstag nach dem 1. u. 15.  
**Sollingen,** Vereinslokal und Herberge „Gewerkschaftshaus“, Kölnerstr. 45. Vslg. alle 14 Tage.  
**Stellingen b. Hamburg,** A. Lange's Klub- und Ballhaus, Kiekerstr. 211.  
**Stuttgart,** Gewerkschaftshaus, EBlingerstr. 17/19. Stellennachweis: Städt. Arbeitsnachweis.  
**Stuttgart,** Gasthaus zur Glocke, Marktstr. Verkehrslokal und Herberge.  
**Wiesbaden,** Verkehrslokal Gewerkschaftshaus Wellritzstr. 41. Stellennachweis und Unterstützung: Wallramstr. 20 pt.  
**Zürich,** Rest. z. hinteren Stern, Bellevueplatz. Versamm. alle 14 Tage Samstag. Auskünfte bei J. Schneider, Hegibaehstr. 9, III, von 1/8 bis 1/9 Uhr abds.

Bei Bestellungen berufe sich man stets auf diese Zeitung.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Albrecht, Berlin. — Verlag: Josef Busch, Berlin.  
Druck der Buchdruckerei Carl Hansen, Berlin N. 4.